

Grenzen der Familienpolitik

Gross, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gross, P. (1981). Grenzen der Familienpolitik. In J. Matthes (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980* (S. 451-462). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-188333>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Grenzen der Familienpolitik

Peter Gross

I.

Es wäre falsch zu vermuten, nun werde also auch noch die Familienpolitik in den Bannkreis sorgenvoller Erörterungen von Grenzen aller Art gezogen, nachdem sich unter diesem Banner schon so viele Themen mobilisieren ließen. Denn die Familienpolitik ist seit ihren Neuanfängen in der Nachkriegszeit unter diesem Aspekt diskutiert worden. Das Nachdenken über das, was mit der Familie politisch geschieht, ist immer empfindlicher gewesen als etwa jenes über die Umwelt. Grenzziehungen in Bezug auf die Familie sind anschaulicher, lebensnäher als die komisch-fremde Dimensionen erreichenden Grenzen des „Wachstums“, der „Bevölkerungszunahme“ oder „Umweltverwüstung“.

Nathan GLAZER hat, bezugnehmend auf die Sozialpolitik insgesamt, die Frage, welche üblicherweise unter dem Titel „Grenzen der Familienpolitik“ abgehandelt wird, so formuliert: „Die traditionelle Sozialpolitik ist bestrebt, den Zusammenbruch traditioneller Formen der Abhilfe in sozialen Notlagen zu bewältigen. Diese traditionellen Mechanismen sind primär in der Familie lokalisiert... In dem Bestreben, das Versagen dieser traditionellen Strukturen zu kompensieren, tendiert die Sozialpolitik dazu, deren weitere Schwächung zu fördern. Es gibt dann nicht mehr ein Meer von Unglück, gegen das wir ständig angehen; unser Bemühen, Not zu lindern, verursacht vielmehr weitere Not“.¹ Der Eindruck des „désà vu“ ist unvermeidlich. Die Formulierung von GLAZER ist nämlich die fast schon poetische Umschreibung jener Paradoxie von Wollen und Wirkung, die die Sozialpolitik seit ihren Anfängen verfolgt. Max WEBER hat sie prosaischer ausgedrückt. Der diesbezüglich immer wieder zitierte Pappas besagt, daß das Resultat politischen Handelns „...regelmäßig in völlig unadäquatem, oft in geradezu paradoxem Verhältnis zu seinem ursprünglichen Sinn stehe.“²

Unter dieser Frage werde ich freilich nicht antreten. Sie ist zwar unvermindert aktuell.³ Seit SCHELSKY's bissigem Angriff auf die Errichtung eines Familienministeriums im Jahre 1953 ist die familiensoziologische und -politische Literatur durchzogen mit spekulativen Varianten des WEBERschen Paradoxons.⁴ Beantwortbar ist sie eigentlich nur mit Evaluationsforschung. Und diese wiederum setzt Effektivitätskriterien in Form von Zielsetzungen voraus.⁵ Sind diese unklar, vieldeutig, verschwommen oder einander widersprechend, so kann die Evaluationsforschung gar nicht ansetzen, und man muß sich auf eine „ungezielte“ Wirkungsforschung einlassen.⁶ Ist die Evaluierung erschwert oder unmöglich, ist auch keine rationale Politik

möglich. Denn der Entwurf zielkonformer familienpolitischer Interventionen setzt klare Zielsetzungen voraus.⁷ Solange die Sozialpolitik als eine Art „Feuerwehr“ verstanden wurde, die bei offenkundigen Versäumnissen industriekapitalistischer Produktion einzugreifen hatte, war diese Frage auch nicht aktuell.⁸ Eine aktive Sozialpolitik muß zwar bis zu einem gewissen Grade probierend sein, aber nur insoweit, als sie sich nachher in ihrer Erfolgswirksamkeit überprüfen läßt.

Die Grenzen der Familienpolitik liegen also schon hier, weit im Vorfeld des WEBERschen Paradoxons, bei der Formulierung von Zielen und Mitteln. Mit ihnen möchte ich mich beschäftigen. Es sind drei Problemkreise, die ich hier – in einer wohl zu einigen Mißverständnissen führenden Kürze – umreißen will. Erstens beschäftige ich mich mit der Schwierigkeit, das familienpolitisch Erwünschte zu definieren, eine Schwierigkeit, die darin wurzelt, Funktionsdefizite und Sicherheitsbedürfnisse der Familie zu indizieren. Zweitens werde ich mich mit dem Vordringen der pädagogischen Interventionsform in der familienpolitischen Programmatik bzw. der immateriellen Sekuritätsbedürfnisse in der familiären Sicherheitsbilanz befassen. Ich versuche zu zeigen, daß deren Begründung unzulänglich und ihre Umsetzung in familienpolitische Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt einer rationalen Familienpolitik nicht vertretbar, ja irrational ist. Daraus ergeben sich drittens die Leitlinien einer rationalen, d.h. kalkulier- und kontrollierbaren Familienpolitik.

II.

In der deutschen Nachkriegsfamilienpolitik lassen sich drei Phasen unterscheiden.⁹ Jede Phase hat einen aufwandmäßigen und qualitativen Zuwachs an Familienpolitik erfahren. In der ersten Phase wird die ökonomische Interventionsform (wie Kindergeld, Steuererleichterungen, Subventionen und Beihilfen aller Art) instrumentiert. Das ist wohlvertraut. Mitte der sechziger Jahre stellt sich die zweite Phase ein. Es ist von einer familienpolitischen Tendenzwende die Rede. Der finanzielle Lastenausgleich wird ergänzt durch qualitativ und ordnungspolitisch völlig anders liegende Maßnahmen: so v.a. durch die „pädagogische Interventionsform“, worunter zweckgebundene immaterielle Maßnahmen zur Beeinflussung der Bewußtseinslage und der Wissensbestände verstanden werden (Familienpolitik als „Sozialisationspolitik“). Mit dem Beginn der Dauerarbeitslosigkeit und der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit beginnt sich die Kontur einer dritten Phase abzuzeichnen. Die Hausfrau und Mutter tritt in den Vordergrund, dementsprechend haushaltsökonomische Maßnahmen und eine Sozialpolitik für die Frau und Mutter und für das Kind. In Frage steht außerdem, inwieweit die Familienpolitik bevölkerungspolitische Zielsetzungen anstreben soll.

Jede Phase der Familienpolitik beruht auf einem Familienbild, d.h. auf Annahmen über die Leistungsschwächen und Leistungsstärken der Familie. Es enthält eine sozialwissenschaftlich-pädagogisch-psychologisch inspirierte, mehr oder weniger explizite Theorie der Sicherheitsbedürfnisse der modernen Familie. Das Familienbild der ersten Phase der Familienpolitik ist geprägt von der christlichen Sozialethik und von der Erfahrung des Beharrungsvermögens dieser Institution im plötzlichen Zusammenbruch der wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung unmittelbar nach dem Kriege. Die Familie galt als tragender Grund aller anderen Verhältnisse. Das entsprechende familiensoziologische Paradigma: die privati-

sierte, aber leistungsfähige Kernfamilie. Der familienpolitischen Tendenzwende zur zweiten Phase entspricht die Akzentuierung der Leistungsschwächen und Funktionsdefizite der Familie. Die Funktionsdefizite indizierenden und weitgehend popularisierten Themen wie das Anschwellen der Scheidungsraten und unehelichen Geburten oder die Zunahme der Verhaltensstörungen bei Kindern finden ihr Pendant in wissenschaftlich erarbeiteten Daten und Befunden. Der Zweite Familienbericht, der bei der Diffusion familiensoziologischer Ergebnisse in dieser Phase eine kaum zu unterschätzende Rolle gespielt hat, befaßt sich ganz in diesem Sinne fast ausschließlich mit den Leistungsgrenzen und Leistungsschwächen der Familie – übrigens entgegen dem Berichtsauftrag. Bestimmend im Hintergrund: das Paradigma von der isolierten, unkontrollierten Kernfamilie und ihren ungenügenden Sozialisationsleistungen. In der dritten Phase schließlich, seit dem Wiederaufleben der Haushaltsökonomie und den feministisch geprägten Lesarten der Familienpolitik, werden die Eigenleistungen der Familie wieder in einem helleren Licht gesehen. Die Diskussion über die Grenzen des Wachstums, die Finanzierungsnöte der öffentlichen Hand, die feministischen Provokationen, die damit verbundene Renaissance der Haushaltsökonomie („Schattenarbeit“, „dritter Sektor“, „Dualwirtschaft“) und die Erosion alter Leitbilder durch die historische Familienforschung führten zu einer Art Wiederentdeckung der Leistungen der Familie.¹⁰ Von nicht zu unterschätzendem Einfluß: das Paradigma von der modifizierten, erweiterten Familie. Die pädagogische Leistungsfähigkeit (und zusätzlich Plazierungskompetenz und „generative“ Verantwortlichkeit) wird freilich weiterhin negativ eingeschätzt.

Die knappe Vergegenwärtigung der Familienpolitik der Nachkriegszeit veranschaulicht, daß das die Familienpolitik fundierende Familienbild in einer kurzen Zeitspanne zwischen ganz unterschiedlichen Polen oszilliert hat. Die mehr oder weniger explizite Theorie familiärer Sicherheitsbedürfnisse hat in jeder Phase einen Zuwachs an Annahmen über Bedürftigkeiten und bedürftige Familienmitglieder erfahren. Ein allen Phasen durchgehaltener Grundkonsens besteht allein hinsichtlich der materiellen Beeinträchtigungen von Familien mit Kindern in bezug auf das Ziel, diese mittels monetärer Maßnahmen zu lindern. Die Operationalität dieser Zielsetzung liegt auf der Hand: die Indikation der Mangellage ist unproblematisch, die Wahl der Maßnahme – bei aller Unterschiedlichkeit der Vorstellungen über deren Ausgestaltung – gegeben, in der Form der nicht-zweckgebundenen Leistung ordnungspolitisch verträglich, systemkonform. Ganz anders verhält es sich nun bei den so stark in den Vordergrund tretenden immateriellen Bedürftigkeiten und der Kur dafür, der pädagogischen Intervention.

Unter der pädagogischen Interventionsform werden – im Anschluß an von KAUFMANN getroffene Unterscheidungen¹¹ – zweckgebundene Maßnahmen zur Beeinflussung der Bewußtseinslage der Familien verstanden, bei denen Wertorientierungen, Wissensbestände und Verhaltensweisen der Eltern oder der Familienmitglieder aktiviert oder zurückgedrängt werden. Reine Sachinformationen, z.B. über Berufsbildungsmöglichkeiten fallen nicht darunter. Zunächst: Das Vordringen der pädagogischen Interventionsform ist in der familienpolitischen Programmatik offensichtlich. Im Zweiten Familienbericht macht es sich die Sachverständigenkommission zu ihrem „Grundprinzip“ (wie sie es selbst ausdrückt), den „finanziellen Aufwand für nicht-zweckgebundene Leistungen zugunsten von zweckgebundenen einzuschränken“.¹² Die Kommission will, „wo immer dies möglich ist, zweckgebundene und nicht auflagenfreie oder bedingungslose Hil-

fen gewähren, um erwünschte Wirkungen hervorzurufen“.¹³ Katharina Focke, der damalige Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, unterstützt den damit intendierten Ausbau des pädagogischen Steuerungsfeldes. Sie schreibt im Vorwort zur Stellungnahme der Bundesregierung: „Damit untermauern sie (die Kommissionsmitglieder – der Verf.) ausdrücklich die Auffassung der Bundesregierung, wonach Familienpolitik nicht auf materielle Einkommenshilfen verengt werden darf...“.¹⁴

Eine Zusammenstellung der in der Stellungnahme der Bundesregierung zum Zweiten Familienbericht genannten Projekte im Sinne des Ausbaus eines „umfassenden, integrierten Erziehungs-, Bildungs- und Beratungssystems“¹⁵ ergibt schlaglichtartig folgendes Bild: Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Eltern, Weiterentwicklung pädagogischer Angebote für Elternbildung, Entwicklung neuer Elternbildungsbriefe, Elternbildung im Medienverbund, Elternbildung im Fernsehen, Förderung von Modellseminaren, Entwicklung von Kooperationsmodellen, Ausbau der Beratungsdienste für die Familie, Ausbau der Beratungsangebote im Bildungswesen, Förderung der Erziehungsberatung, Ausbau der Koordination der Beratung. Auch der Dritte Familienbericht weicht, obwohl er im allgemeinen Tenor die nicht zweckgebundenen Geldleistungen den Sach- und Dienstleistungen (aus ordnungspolitischen Gründen) vorzieht, von dieser Route nicht ab. Neben verbesserten Geldleistungen (Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungsförderung, Erziehungsgeld und eigenständige Sicherung der Frau¹⁶), gilt es die Sozialisations- und Plazierungskompetenz der Eltern zu stärken und das generative Verhalten durch Maßnahmen zur Förderung der Bereitschaft junger Paare, Kinder zu haben, zu beeinflussen. Dies soll erreicht werden durch eine „erheblich verbesserte Vorbereitung junger Menschen auf Ehe, Familie, Haushaltsfunktionen und Kinderbetreuung“, durch Maßnahmen zur „Stärkung des Selbstvertrauens von Vätern und Müttern in dieser ihrer Rolle durch eine gezielte Öffentlichkeits- und Elternarbeit“, durch Maßnahmen zur „Erweiterung des Verantwortungshorizontes junger Paare bei der Familienplanung...“, durch Maßnahmen zur „Erweiterung der Beratungsstellen für die Familienplanung“.¹⁷

III.

Warum ist nun die Indikation immaterieller Bedarfslagen überaus problematisch? Weil die Befunde und Daten, welche geschwächte Erziehungsfähigkeit, pädagogische Handlungsunfähigkeit oder geschraubter, nicht mehr ausreichende Sozialisations- und Partnerschaftskompetenz und – neuerdings – generative Verantwortungslosigkeit indizieren, von einer höchst zweifelhaften Dignität sind. Schon die beiden Kernthesen des die pädagogische Hilfebedürftigkeit der modernen Familie firmierenden familiensoziologischen Paradigmas der „isolierten Kernfamilie“, die These von der Reduktion der Großfamilie zur isolierten Kernfamilie einerseits und jene von ihren Funktionsverlusten andererseits, sind unterdessen stark relativiert worden. Abgeleitet sind ja von dieser These: die starke Mutterzentrierung der Kinder, die autoritäre Struktur der Familienhierarchie, die geschlechtsspezifische rigide Rollenverteilung, die „Ungelertheit“ der Eltern, die mangelnde Kontrollierbarkeit der elterlichen Erziehung, die zunehmende Gewalttätigkeit der Eltern gegenüber Kindern, die steigenden Konflikte in den Familien – dies gegen innen und gegen außen –, das Fehlen einer metakommunikativen Verständigungsbasis,

die schwindenden „Verkehrskreise“, die zunehmende – mindestens – räumliche Distanzierung der Generationen, die zunehmenden pathologischen Symptome Verhaltensauffälligkeiten und Verhaltensstörungen der Kinder und die zunehmenden psychischen und psychosozialen Probleme der Eltern und Jugendlichen. Die Familie ist in diesem Paradigma unversehens in eine ernste Gefahrenzone geraten, in der selbst ihre positiven „Funktionen“, nämlich den Kindern und einander Wärme, Stabilität und Verlässlichkeit zu geben, „treibhausmäßig“ umschlagen: die Wärme möglicherweise in „overprotection“, die Stabilität in totalitäre Beanspruchung, die Verlässlichkeit in drückende soziale Kontrolle und ungerechtfertigte Autorität. Sie ist nicht mehr Hort, sondern Gefängnis der Liebe¹⁸ und zwar nicht nur bei den Problemgruppen. Die statistisch ausweisbare Vereinzelung, Isolierung, Verkleinerung und Zerstückelung der Familienhaushalte macht die moderne Familie bindungslos. Auf diese Weise ist die Familie, wie es SHORTER in seinem Bestseller beklagt: „auf die hohe See hinausgetrieben.“¹⁹ Deshalb ist pädagogisierende Familienpolitik notwendig. Die Eltern müssen geführt und erzogen, die Rolle des Kindes ihnen staatlich oder unter staatlicher Aufsicht nahegebracht werden.

Vor mehr als einem Jahrzehnt schon hat BAHRDT²⁰ (1966) gegenüber der Behauptung einer Reduktion zur Kleinfamilie ins Feld geführt, daß die statistisch ausgewiesenen Daten über die Verkleinerung der Haushalte nichts über die komplexere Realität der ständig in Haushalten neue entstehenden, vielleicht vorübergehenden, aber teilweise auch auf Kontinuität angelegten sozialen Beziehungen aussagen, m.a.W. wesentlich mehr Personen in den Haushalten „zusammenleben“, als die Haushaltstatistik für den Bundesdurchschnitt annimmt. Und KOSCHORKE²¹ hat in einem bemerkenswerten Aufsatz über die amtliche Haushalts- und Familienstatistik und ihre soziologische Brauchbarkeit gewissermaßen nur die methodologischen Konsequenzen daraus gezogen, wenn er es für notwendig hält, „tatsächliches soziales Verhalten von Menschen zu untersuchen, die zusammenleben, und nicht bloß rechtliche Regelungen des Zusammenlebens oder Vorstellungen von der Familie“. In der Tat kann die statistische Verkleinerung der Haushalte einhergehen mit einer Erweiterung der horizontalen (nachbarschaftlichen, freundschaftlichen) und vertikalen (verwandtschaftlichen) Verflechtungen. Diese Beziehungen sind freilich weniger materieller Natur (im Sinne eines naturalen Austausches von selber produzierten Sachgütern) und auch nicht finanzieller Natur (im Sinne einer gegenseitigen Unterstützung mit Geld), wenngleich, wie neuere Untersuchungen ergeben, auch solche „Selbstregulierung“ im allgemeinen unterschätzt wird.²² Es sind vor allem gegenseitige Hilfen und Dienste nichtmaterieller Art: nämlich Dienstleistungen. Diese konstituieren einen räumlich und generativ über die Einzelhaushalte und Einzelfamilien hinausgehenden Verbund, der in den amtlichen Statistiken über die Verkleinerung der Haushalte verborgen bleibt.

Daß diese Verbundsysteme auch soziologisch nicht oder zu wenig ins Blickfeld treten, liegt an einer ökonomisch überholten und verkürzten Sicht der familiären Leistungen. Die Entfunktionalisierungsthese der Familiensoziologie beruht ebenso darauf wie die kulturkritische These, nach der die Familie von heute von der ursprünglichen Produktionsgemeinschaft auf eine bloße Konsumeinheit zusammengeschumpft sei. Es ist keine Frage, daß die Produktionsfunktion an spezialisierte Industriebetriebe ausgelagert wurden. Aber dies betrifft vor allem die materielle Sachgüterproduktion. Unterdessen ist aber doch unbestritten, daß die Dienst-

leistungsproduktion einen bedeutenden Umfang an der Gesamtproduktion einnimmt. Umso erstaunlicher ist es, daß die Produktionsfunktion in der Familie durchgehend – und selbst bei kritischen Autoren – auf die Güterproduktion eingeschränkt bleibt.²³ Auch dies hat BHRDT bereits moniert, wenn er nämlich bemerkt, daß die soziologische Betrachtungsweise eine andere ist als die ökonomische, und daß deshalb in ihr „sämtliche wertsteigernde Akte und Leistungen als Produktion bezeichnet werden müssen gleichgültig, ob sie selbst im Haushalt stattfinden oder ob ihre Ergebnisse über den Markt bezogen werden“.²⁴ Die Entfunktionalisierungsthese ist überdies schon vom Befund her fragwürdig. Für die Vertreter dieser These ist v.a. die Produktionsfähigkeit aus der modernen Familie ausgelagert, der Familienhaushalt damit auf eine reine Konsumstätte reduziert. Von ein paar Rufern in der Wüste abgesehen²⁵, waren es vor allem die Frauenbewegung und die feministischen Provokationen, welche die in der Tat „sexistische“ Männerperspektive korrigiert und die Augen für die produktiven Leistungen der Hausfrau und der Familie geöffnet haben, wobei es freilich nie an entsprechenden Stimmen gefehlt hat – nur an der Provokation.

Der wirtschaftliche Wert der Hausfrauenarbeit nach konventionellen Methoden (z.B. mit Schattenpreisen) berechnet, macht 1/3 bis 1/2 des Bruttosozialprodukts aus, der politische Wert ist im Ansteigen begriffen.²⁶ Eine wirklich realistische Berechnung (in der jede prinzipiell monetarisierbare Leistung in und zwischen Familien berechnet – und alle Familienmitglieder, nicht nur die Hausfrau, miteinbezogen werden) würde zeigen, daß das Haushalten nicht nur notorisch unterbewertet und vernachlässigt wird (die Welt der Ökonomie ist in ihr, wie es ein Ökonom selber ausgedrückt hat, „mit Brettern vernagelt“²⁷), sondern daß ohne sie Sekundärscheinungen wie die arbeitsteilige Gelderwerbswirtschaft gar nicht mehr funktionieren würden, daß also die Haushaltung nicht nur die Ergänzung einer sonst inkompletten wirtschaftlichen Struktur ist, sondern die unersetzliche Primärscheinung, durch welche sekundäre Systeme wie die erwerbswirtschaftliche und die über sie finanzierte politische Produktion erst alimentiert werden.²⁸ Damit ist der zweite Angelpunkt des die pädagogische Interventionsform legitimierenden Familienbildes, nämlich die Entfunktionalisierungsthese wohl etwas anders beleuchtet. Nun wird der Familie, wie auch erwähnt, gewissermaßen im Gegenzug zur Entfunktionalisierung, ein Zuwachs angerechnet, nämlich die exklusive Befriedigung der intim-emotionalen Bedürfnisse und entsprechend auch von einer Funktionsverlagerung gesprochen. Die Kernfamilie lebt gewissermaßen ununterbrochen unter emotionalem Überdruck, der die pädagogische Konzilianz und Verbindlichkeit schwächt. Die Erwärmung des familiären Binnenklimas wird seit TOCQUEVILLE behauptet („Je mehr die Sitten und Gebräuche demokratischer werden, desto mehr die Beziehungen zwischen Vater und Sohn an Intimität und Wärme gewinnen; Regel und Autorität treten zurück, dafür nehmen das Vertrauen und die Zuneigung zu...“²⁹), was freilich die Behauptung nicht wahrer macht.³⁰

Die pädagogische Diskreditierung der Eltern erfolgt nun aber vor allem auch unter Zuhilfenahme von immer wieder zitierten empirischen Befunden über Sozialisationsstörungen und -probleme bei Kindern und entsprechend inkompetente Eltern. Diese Befunde indizieren zum Teil dramatische Versorgungsdefizite. Der letzthin wieder verbreiteten, bald sattsam bekannten Fernsehbotschaft, jeder dritte Bundesbürger brauche psychiatrische Behandlung, entspricht etwa die Hiobsbotschaft für alle Eltern, ein Viertel bis die Hälfte aller Kinder im ersten Schuljahr seien verhaltensgestört. Diese Daten sind indes, auch wenn sie mit dem Segen der

empirischen Sozialforschung und der amtlichen Statistik versehen einherschreiten, keineswegs so „hart“, wie sie ausgegeben und interpretiert werden.

Eine kurze Vergegenwärtigung des Entstehungsprozesses dieser Daten ist heilsam.³¹ Der Bedarfsbestimmungsprozeß beruht auf einer unmittelbaren Kommunikationssituation. Es gibt Mangellagen, bei denen die Deutungsspielräume, ob jemand hilfebedürftig ist oder nicht und auch was im einzelnen vorliegt, unproblematisch ist. Äußerlich somatische Mangellagen haben unter den immateriellen Bedürftigkeiten diesen Charakter. Sie sind intersubjektiv prüfbar. Man kommt – wie hinsichtlich materieller Bedarfslagen beim Geldzählen – immer zum gleichen Resultat. Sobald die Mangellagen aber im Innern des Körpers verschwinden, ins Psychisch-Soziale hineinreichen oder vollständig hier angesiedelt werden, enthält die Bedürftigkeitsprüfung enorme Ermessensspielräume. Die Auswahl der Tatbestände erfolgt teilweise ad hoc, ihre nosografische Systematisierung geschieht intuitiv. Fest stehen die Etiketten, auf die hin eine Bedarfslage bzw. Diagnose konstruiert wird. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß es zu jeder genannten Zahl eine Gegenuntersuchung gibt und, daß hier genannte Häufigkeiten als schlicht unsinnig bezeichnet worden sind. Diese Befunde sind also von einer höchst zweifelhaften Dignität. Ich fasse diese summarischen Bemerkungen in drei Punkten zusammen:

1. Die These von der Reduktion der Familienhaushalte auf einen gegenüber der Mit- und Umwelt bindungslosen Kern ist zu korrigieren und durch eine neue Sicht der in der amtlichen Statistik nicht erfaßten Verbundsysteme zwischen Familienhaushalten zu ergänzen.
2. Die Thesen von der Reduktion des Familienhaushaltes auf eine Konsumstätte und der Funktionslosigkeit der Familienhaushalte hinsichtlich wirtschaftlicher Leistungen sind zu korrigieren durch eine neue Einschätzung der Hausfrauenarbeit.
3. Die These von der durch die Überheizung des familiären Binnenklimas und die funktionalen Erfordernisse des Wirtschaftslebens hervorgerufenen pädagogischen Hilfebedürftigkeit der Familien ist mit äußerster Vorsicht zu genießen, solange weder über ein pädagogisches Optimum noch über entsprechende Schwächen konsensuale und wissenschaftlich überprüfbare Vorstellungen bestehen.

IV.

Warum ist nun zweitens die Realisierung pädagogischer Interventionen unter den Erfordernissen einer rationalen Sozialpolitik irrational? Zunächst: wenn es an klaren Zielsetzungen fehlt, wer bestimmt denn die „Wissensbestände“ und „Wertorientierungen“, die aktiviert oder zurückgedrängt werden sollen? Es genügt nicht, hier auf den Wertdezisionismus zu verweisen, wenn die anzustrebenden Ziele in diesem Bereich grundsätzlich unklar sind. Hier wird dem Staat ganz offenherzig eine „pädagogische“ Aufgabe überbunden, obwohl das „pädagogische Optimum“ unterbestimmt ist. Die Pädagogik ist im allgemeinen Verständnis auf unselbständige, junge Menschen und Kinder ausgerichtet. Die Politik hingegen ist die gemeinsame Regelung gemeinsamer Angelegenheiten unter der Voraussetzung der Selbständigkeit der beteiligten Personen. Pädagogisch intervenierende Politik eröffnet bedenkenswerte, ja bedenkliche Zugriffe!

Die Realisierung der pädagogischen Interventionsform ist nun aber unter der Voraussetzung rationaler Sozialpolitik eine schlechthin unlösbare Aufgabe. Für eine rationale Sozialpolitik ist es unabdingbar, die Risiken in ihrer Qualität und die Klientele in ihrer Quantität zu definieren. Daraufhin erst können Bedarfsnormen formuliert und Maßnahmen personell, sachlich und finanziell geplant werden. Über Umfang und Art der Bedarfslagen herrscht, wie gesagt, weitgehender Dissens. Weder läßt sich die Gravität der Mangellage, noch die Necessität des damit notwendig werdenden familienpolitischen Aufwandes bestimmen. Es gibt kein der „Lebenshaltung“ vergleichbares und problemlos zu objektivierendes „soziales“ oder „pädagogisches Existenzminimum“, welches die für das soziale und familiäre Überleben erforderliche psychische Resistenz und Belastbarkeit garantiert. Die praktische Umsetzung sozialpädagogischer Interventionen schließlich hat irrationale Aspekte, weil aus der Natur der Bedarfslage bzw. dem Fehlen klarer Kriterien folgt, daß eine politische Kontrolle (z.B. durch Supervision) der Bestimmung der Mangellage und ihrer Verknüpfung mit einer familienpolitischen Maßnahme sehr erschwert ist. Da die Indikationen prinzipiell negotiabel, bestreitbar sind, sind auch ihre positiven Bestimmungen prinzipiell rechtfertigbar. Diagnose und personeller Aufwand sind von der Profession immer zu legitimieren, von der kontrollierenden und Rechenschaft verlangenden Bürokratie schwer anzugreifen. Verstärkt wird die „wirtschaftlich einmalige“ Doppelfunktion des Sozialpädagogen, Beraters, Psychologen etc. als Nachfragefixierer und Anbieter der gleichen Leistungen in einem.³² Die Definitionsmacht der Profession wächst entweder ins Unermessliche oder wird ersetzt durch politisch motivierten Dezisionismus.

Zum Schluß sei noch an einige nachgerade bekannte Probleme erinnert, die bei der unmittelbaren Erbringung (sozial-)pädagogischer Leistungen in bürokratisch-institutionellen Kontexten zu beobachten sind und von den dienstleistenden Professionen selbst als schwere Beeinträchtigungen ihrer Arbeit geschildert werden.³³ Die meisten Hilfeleistungen kommen zu spät, ihre Verspätung ist gewissermaßen institutionalisiert. Denn die Nachfrage nach Hilfe und Trost übersteigt das institutionelle Angebot immer. Sobald eine Dienstleistung institutionalisiert und kostenlos ist, muß der Mangel organisiert werden, was sich in bedenklich langen Wartezeiten manifestiert. Die Unsicherheit angesichts der diffusen Erwartungen des Klientels und der diffusen Möglichkeiten, ihre Bedarfslage in kürzester Zeit zu erfassen, führt einerseits zur sukzessiven Substitution des persönlichen Gesprächs durch computergerechte Diagnosebögen und Anamneseschematas, die in ihrem Umfang eher Forschungsplänen für sozialpsychologische Untersuchungen gleichen.³⁴ Endlich sind, was die in diesen Tätigkeitsfeldern arbeitenden Professionen unisono beklagen, die Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung etwa der familiären Verhältnisse (einmal abgesehen davon, worin diese gesehen werden) gering. Wer Verhältnisse und nicht Menschen „heilen“ will, ertrinkt buchstäblich in Faktoren, an denen anzusetzen wäre. Die pädagogische Interventionsform läuft damit Gefahr, als Selbstlegitimation des Sozialstaates und ihrer eskalierenden Sozialbürokratie mißbraucht zu werden.

Schließlich und endlich wird eine gesicherte Praxeologie über die Beziehung von Erziehungs- und Sozialisationswissen und pädagogischer Handlungskompetenz unterstellt – eine weithin geglaubte, aber schon vom common-sense bezweifelte Annahme. Die Umsetzung von wissenschaftlichem Wissen in familienpolitische Maßnahmen in Bezug auf die materiellen Leistungen ist relativ unproblematisch:

was man mit Geld anfangen kann, braucht nicht gelehrt zu werden. Hingegen ist der scheinbar kleine Schritt vom theoretischen Wissen zur Praxis im erzieherischen Alltag, sofern er nicht die Pflege betrifft, unendlich groß. Auch dies weiß der common-sense. Grau ist alle Theorie, wenn man in diesen Prozeß hineingezogen wird. Die Erziehungskraft der Eltern ist nicht das Ergebnis bewußter Elternschaft. Die Entwicklung einer erzieherischen Technologie, wie sie sich SKINNER im „Walden Two“ vorgestellt hat³⁵, ist mit prinzipiellen, in der Natur der Sache liegenden Schwierigkeiten verbunden. Denn die Beziehungen in der Familie sind in Unmittelbarkeit, Spontaneität und leiblicher Intersubjektivität fundiert und nur partiell durch voraussehende Selbstkontrolle und geplante Beziehungsarbeit, wie das so schön technisch heißt, zu ersetzen. Bei FÉNELON und ROUSSEAU war das die Frage, ob die natürliche Verbundenheit und Solidarität der Eltern zu ihren Kindern nicht gerade durch die Reflexion eingebüßt werde.³⁶ Und wie wir wissen, war ROUSSEAU nicht nur ein schlechter, sondern ein miserabler Vater. Heute muß die Frage diskutiert werden, ob die Übernahme wissenschaftlichen Wissens die natürlichen Weltbilder zerstört und zwar unter dem generellen Anspruch der modernen Wissenschaften, sie reinigten die natürliche Weltanschauung von Irrtümern.³⁷ Was Elisabeth KONAU und Ulrich HÄRTEL provokativ so formuliert haben, daß nämlich der beste Pädagoge der *naive* Pädagoge sei, ist nicht eine, sondern die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang.³⁸

Die pädagogische Interventionsform, so ist zusammenfassend festzustellen, ist unplanbar und undurchführbar in einem rationalen Sinne. Es fehlt an operablen Zielsetzungen, weil das pädagogische Optimum, wie auch die pädagogischen Defizite politisch und wissenschaftlich unterbestimmt sind. Es fehlt mithin an Kriterien für die Zielkonformität von pädagogischen Interventionsformen. Die Identifizierung des nach (sozial-) pädagogischen Interventionen bedürftigen familienpolitischen Klientels, eine unabdingbare Voraussetzung vorausschauender Familienpolitik, ist unüberprüfbar. Wo die pädagogische Interventionsform institutionalisiert ist, treten aufgrund dieser Sachlage die bekannten Probleme auf (Warteschlangen, Verunsicherung durch die entsprechenden Professionen u.a.m.). Die Erfolgswirksamkeit der Maßnahmen ist dann auch schwerlich zu beurteilen. Die Wissenschaft selbst ist unsicher, ob die negativen Effekte (Substitutions-, Verdrängungs- und Entmündigungseffekte) nicht größer sind als die positiven.³⁹

V.

Ich fasse zusammen:

1. In der Familienpolitik tritt, spätestens seit dem Zweiten Familienbericht, programmatisch und faktisch das pädagogische Steuerungsfeld in den Vordergrund. Diesem Vordringen liegt eine mehr oder weniger implizite Theorie neuer, der modernen Familie zugewachsener Risiken und Beeinträchtigungen zugrunde und die Annahme, diese ließen sich politisch beheben.
2. Ich habe beides bezweifelt und zu zeigen versucht, daß die politische Indikation pädagogischer Hilfsbedürftigkeiten und die sozialpolitische Realisierung der pädagogischen Interventionsform überaus problematisch ist. Daraus ergeben sich nun
3. die Grenzen und die Leitlinien einer rationalen Familienpolitik. Die Grenzen einer rationalen Familienpolitik liegen dort, wo Risiken und Beeinträchtigungen

nicht mehr konsensual geteilt, sondern politisch unkontrollierbar definiert werden. Wenn es dazu an operablen Zielsetzungen und an Kriterien für die Zielkonformität und die Effektivität pädagogischer Interventionsformen fehlt, wird Politik – unter dem Anspruch des guten und fürsorgenden Staates – zur Aktionsforschung großen Stils (mit den schwächsten Gliedern als Versuchskaninchen). Leitlinie einer rationalen Familienpolitik sollten nicht nur die auftretenden Bedürftigkeiten und Risiken sein, sondern die politischen Möglichkeiten, diese adäquat, d.h. „objektiv“ bzw. kontrollierbar zu bearbeiten. Dies zwingt zu einer Familienpolitik, die sich – etwas abschätzig ausgedrückt – damit begnügt, mit den am wenigsten umstrittenen Mitteln die Löcher dort zu stopfen, wo sie am augenscheinlichsten klaffen. Aber in diesem, dem Bereich der materiellen Sicherung nämlich, gibt es weiß Gott noch genug zu tun. Darüber gibt der Dritte Familienbericht auch Auskunft. Zum Beispiel daß die finanziellen Aufwendungen für Kinder durch die Eltern (bis zur Volljährigkeit) eine Viertel Million DM ausmachen.⁴⁰ Über die – im Vergleich mit der Sicherung des Lebensabends – geradezu nichtige materielle Sicherung der Kindheit und Jugend hat schon SCHREIBER fast alles geschrieben.⁴¹ Der Generationenvertrag wird leider als Zwei- statt als Drei-Generationenvertrag verstanden.⁴² Die Konzentration auf materiellen Ausgleich zwingt aber auch zur Suche nach alternativen Bedarfsausgleichssystemen hinsichtlich immaterieller (tertiärer) Bedürftigkeiten. Denn sicher wäre es auch falsch, das Vordringen immaterieller Bedürftigkeiten als aufgebauchte und professionell gesteuerte Hypochondrie zu bezeichnen oder auf linke Hirngespinnste zu reduzieren. Aber das ist nicht mein Thema.

Müßte ich ein praktisches Fazit ziehen, so würde ich vorschlagen, daß sich die Familienpolitik weniger am familienpolitisch Wünschbaren als am im Rahmen rationaler Politik Machbaren ausrichten sollte.

Anmerkungen

- 1 N. Glazer: Die Grenzen der Sozialpolitik, in: W.-D. Narr und C. Offe (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität. Köln 1975, S. 335-352, S. 338
- 2 M. Weber: Der Beruf zur Politik in: Ders.: Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik (Hrsg.: J. Winkelmann), Stuttgart 1964, S. 167-185, S. 170
- 3 Vgl. dazu die Referate im Themenbereich 2 dieses Soziologentages (Beabsichtigte und unbeabsichtigte Folgen sozialen Handelns)
- 4 H. Schelsky: Der Irrtum eines Familienministers, in: Ders.: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Stuttgart 1967 (5. Aufl.), S. 376-394
- 5 Vgl. H.-U. Derlien: Die Erfolgskontrolle staatlicher Planung. Eine empirische Untersuchung über Organisation, Methode und Politik der Programmevaluation. Baden-Baden 1976 (Schriften zur öffentlichen Verwaltung, Bd. 17)
- 6 Dazu F.-X. Kaufmann u.a.: Sozialpolitik und familiäre Sozialisation (Schlußbericht des Forschungsprojektes „Wirkungen öffentlicher Sozialleistungen auf den Sozialisationsprozeß“) Universität Bielefeld (Projektgruppe Wirkungsanalysen der Sozialpolitik) 1978
- 7 Was rationale Familienpolitik heißt, zeigt dezidiert M. Wingen: Umriss einer rationalen Familienpolitik, in: Sozialer Fortschritt, 8 (1971), S. 169-173; 9 (1971), S. 210-215
- 8 Vgl. H.P. Bank: Rationale Sozialpolitik. Ein Beitrag zum Begriff der Rationalität. Berlin 1975, S. 98
- 9 F. Neidhardt unterscheidet zwei Phasen. Vgl.: Entwicklungen und Probleme der west-deutschen Familienpolitik, in: Gegenwartskunde 1 (1978), S. 162-187; P. Gross: Selbststeuerung oder Fremdsteuerung der Familie? Mskpt. Bamberg 1980; zum Verhältnis von

- Familienbild und Familienpolitik vgl. R.M. Moroney: *The Family and the State. Considerations for Social Policy.* London/New York: Longman 1976
- 10 Dazu S. Burns: *The Household Economy. Its Shape, Origins & Future.* Boston: Beacon Press 1975; Chr. Dittmer / M. Haberding: *Frauenbewegung und Hausarbeit*, in: *Hauswirtschaft und Wissenschaft* 25 (1977), S. 32-37; J. Huber (Hrsg.): *Anders arbeiten – anders wirtschaften. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein.* Frankfurt am Main 1979
 - 11 Dazu Kaufmann u.a. 1978 (Anm. 6), S. 33 f
 - 12 Zweiter Familienbericht, S. 90
 - 13 Ebenda, S. 136
 - 14 Ebenda, S. 1
 - 15 Ebenda, S. 137
 - 16 Dritter Familienbericht, S. 166
 - 17 Ebenda, S. 182
 - 18 Vgl. Ph. Aries: *Die Familie ein Gefängnis der Liebe*, in: *Psychologie heute*. Juli 1976, S. 60-67; Zweiter Familienbericht, S. 58 ff
 - 19 E. Shorter: *Die Geburt der modernen Familie.* Reinbek 1977
 - 20 H.P. Bahrdt: *Wandlungen in der Familie*, in: *Ders.; Wege zur Soziologie.* München 1966, S. 80-96
 - 21 M Koschorke: *Neue Formen des Zusammenlebens in Deutschland*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 3 (1972), S. 533-564
 - 22 Vgl. z.B. U. Leitner: *Zur Bedeutung verwandtschaftlicher Hilfeleistungen im modernen Sozialstaat.* In: *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit* 3 (1977), S. 101-106; ferner die Hinweise im Dritten Familienbericht, S. 59 ff.
 - 23 z.B. auch bei O. Brunner: *Vom „ganzen Haus“ zur „Familie“.* in: H. Rosenbaum (Hrsg.): *Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienform.* Frankfurt 1974, S. 48-56
 - 24 aaO. S. 118
 - 25 Z.B. E. Egner: *Der Haushalt. Eine Darstellung seiner volkswirtschaftlichen Gestalt.* Berlin 1976 (2. umgearb. Aufl.)
 - 26 Vgl. z.B. Ch. Leipert: *Unzulänglichkeiten des Sozialprodukts in seiner Eigenschaft als Wohlstandsmaß.* Tübingen 1975
 - 27 F.W. Meyer: *Die Haushaltung in der Nationalökonomie*, in: *Ordo*. Bd. XVIII (1967), S. 279 ff., S. 280
 - 28 Dazu P. Gross: *Reißt das soziale Netz? Wachstumsgrenzen der Sozialpolitik und mögliche Alternativen*, in: R. Brun, C. Amery u.a.: *Wachstum kostet immer mehr.* Frankfurt 1980, S. 55-83
 - 29 Zitiert ist die Stelle bei R. Aron: *Fortschritt ohne Ende?* Gütersloh 1970, S. 96
 - 30 Einen Gipfelpunkt erreicht diese These in der Darstellung von E. Shorter (vgl. Anm. 19), die auch sonst viele der geläufigen Vorurteile bestätigt.
 - 31 Dazu genauer P. Gross: *Die personenbezogene Dienstleistung als soziologisches und sozialpolitisches Problem.* Konstanz 1978 (vervielf. Mskpt.).
 - 32 P. Gygi: *Die wirtschaftlich relevanten Besonderheiten der ärztlichen Leistung*, in: H. Aebi / U. Frey (Hrsg.): *Schweizerische Gesundheitspolitik heute und morgen.* Bern, Stuttgart, Wien 1977, S. 9-23, S. 13
 - 33 Vgl. etwa die Erfahrungsberichte in H. Nagel / M. Seifert (Hrsg.): *Inflation der Therapieformen.* Reinbek 1979
 - 34 Dazu A. Lang: *Diagnostik und Autonomie der Person*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Psychologie und ihre Anwendungen* 3 (1979), S. 221-232
 - 35 B.F. Skinner: *Futurum Zwei (Walden Two)*, Reinbek 1972
 - 36 Erörtert wird diese Frage in R. Spaemann: *Reflexion und Spontaneität. Studien über Fénelon*, Stuttgart 1963
 - 37 Dieser wissenschaftliche Anspruch wird seit Jahrzehnten von der phänomenologisch orientierten Soziologie bekämpft. Etwas geräuschvoller wird diese Auseinandersetzung erst jetzt.
 - 38 E. Konau / U. Härtel: *Familieninteraktion und Gesellschaftsstruktur*, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium*. 1 (1979), S. 8-12
 - 39 Vgl. z.B. B. Badura u.a.: *Grundlagen einer konsumentzentrierten Gesundheitspolitik.* Konstanz 1978 (vervielf. Mskpt.)
 - 40 Die genauen Berechnungen finden sich in: *Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Leistungen für die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland.* Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979 (Bd. 37 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit)

- 41 W. Schreiber: Kindergeld im sozio-ökonomischen Prozeß. Köln 1964
- 42 Näher ausgeführt in P. Gross: Lebenslauf als Gegenstand der Sozialpolitik. Referat am 20. Deutschen Soziologentag im Rahmen der Arbeitsgruppe Lebenslauf- und Biographieforschung